

Millionenfacher staatlicher Hartz-IV-Betrug!

Themen in dieser Ausgabe:

- Rentenniveau sinkt ...!
- Langzeitarbeitslose...!
- Zweitjob ...!
- Ältere mit wenig Chancen ...!
- Leiharbeit ...!
- Altersarmut ...!
- Finanzmärkte ...!
- Bananenrepublik ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Rentenniveau sinkt bis 2030 um etwa 25 Prozent	2
900000 Langzeitarbeitslose ohne Perspektive	2
2,4 Millionen Menschen haben einen Zweitjob	2
Ältere mit wenig Chancen auf neuen Arbeitsplatz	2
Leiharbeit: Kritik an »moderner Form der Sklaverei«	2
Arbeiten bis zum Umfallen: wie die Regierung Altersarmut verharmlost und befördert	3
Putzsch der Finanzmärkte	3
Willkommen in der Bananenrepublik Deutschland	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Vom K(l)assenkampf der Reichen gegen die Erwerbslosen und Armen:

von Reinhold Schramm (Bereitstellung)

Die Grundsicherung bzw. Regelleistung im (offenen) Hartz-IV-Vollzug beruht auf ausgehöhlten Statistik-Verfahren.

Berücksichtigt werden von den tatsächlichen Ausgaben einkommensschwacher Haushalte bei der Regelsatzberechnung für Alleinstehende nur 72 %, für Kinder unter 6 Jahren nur 79 %, für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren nur 81 % und für Kinder von 14 bis 18 Jahren nur 81 %.



»Die Vergleichsgruppe ist falsch abgegrenzt, weil die verdeckte Armut nicht herausgerechnet wurde. Als Maßstab zur Regelsatzberechnung sollen Haushalte dienen, die zwar ein geringes Einkommen haben, aber nicht solche, deren Einkünfte unterhalb des Existenzminimums liegen - etwa weil sie



die ihnen zustehenden Sozialleistungen nicht ausschöpfen. Dazu wäre es nötig, diese in „verdeckter Armut“ lebenden Haushalte aus der Referenzgruppe herauszunehmen. -

Obwohl geeignete statistische Verfahren zur Verfügung stehen, sei dies aber nicht geschehen, stellen Münder und Becker fest. Damit ergeben sich systematisch zu niedrige Regelsätze. «

»Für zehn verschiedene Ausgabengruppen von „Nahrungsmitteln“ bis „Verkehr“ werden die durchschnittlichen Aufwendungen der Referenzgruppe bestimmt - und anschließend durch Ausschluss einzelner Güterarten nach unten korri-



giert. - Beispielsweise ist in der Rubrik Verkehr nur ein Drittel „regelsatzrelevant“. Allein zehn Einzelpositionen addieren sich zum Regelsatz. Die Regelsätze für Kinder werden auf ähnliche Weise aus den Ausgaben von Familien abgeleitet. « »Der jüngste Inflationsausgleich erfolgte zu spät. Grundsätzlich sei die Regelung vertretbar,



den Hartz-IV-Satz zum ersten Januar an die Teuerungsrate anzupassen, die sich in den zwölf Monaten bis zur Mitte des Vorjahres ergeben haben {...} Bei der jüngsten Anhebung seien aber - trotz vorhandener Daten - die Preissteigerungen des ersten Halbjahres 2010 nicht berücksichtigt worden.

Mit dieser Abweichung vom üblichen Prozedere habe der Gesetzgeber seine Pflicht missachtet, das menschenwürdige Existenzminimum „bedarfszeitraumnah“ zu bestimmen. «

Quelle: scharf-links.de



Rentenniveau sinkt bis 2030 um etwa 25 Prozent

Immer mehr Ruheständler müssen nebenher jobben, um über die Runden zu kommen. Ein Gespräch mit Alfred Spieler, Referent für Sozialpolitik des Bundesverbandes der Volkssolidarität: "Tatsache ist, dass die Einkommen der Neurentner rückläufig sind. Zudem ist die Kaufkraft der Renten in den vergangenen Jahren gesunken, zum Beispiel durch Nullrunden

oder Rentenanpassungen unterhalb der Preissteigerungsrate. Das könnte für viele Menschen ein Motiv sein, sich Geld hinzuverdienen, um ihre Renten aufzubessern. ... Armutsrente beziehen vor allem Niedrigverdiener sowie Menschen, die in nicht versicherungspflichtigen Minijobs tätig waren. All das sind Ursachen, warum Menschen ihre Rente aufbessern müssen, damit sie

nicht die Grundsicherung beantragen müssen, die 2009 im Bundesdurchschnitt bei 663 Euro lag. ... Erstens darf es nicht sein, dass die Lebensstandardsicherung seit 2000/2001 immer weiter heruntergefahren wird. Langfristig wird das Rentenniveau bis 2030 um etwa 25 Prozent sinken. Quelle: Junge Welt



900000 Langzeitarbeitslose ohne Perspektive

Fast 900000 langzeitarbeitslose Hartz-IV-Bezieher gibt es in Deutschland. Und nach Ansicht der Bundesagentur für Arbeit (BA)

werden sie wohl »selbst in ferner Zukunft« keinen Job finden. Die Chancen auf eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt stehen für diese Menschen sehr

schlecht, heißt es in einer verbreiteten Studie der Behörde in Nürnberg. Quelle: Junge Welt

2,4 Millionen Menschen haben einen Zweitjob

Die Zahl der Bundesbürger mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen hat sich in den letzten sieben Jahren verdoppelt. Gab es im Juni 2003 nur rund 1,2 Millionen Arbeitnehmer,

die einen oder mehrere Nebenjobs hatten, so waren es im Juni 2010 fast 2,4 Millionen. Das berichtet die Saarbrücker Zeitung unter Berufung auf Zahlen der Bundesagentur für

Arbeit. Entsprechend stieg auch der Anteil der Arbeitnehmer mit Doppeljobs an allen Arbeitnehmern von 4,3 auf 8,5 Prozent. Quelle: Saarbrücker Zeitung

Ohne Zweit-Job geht es nicht

Allein in Hamburg 53 000 Menschen auf Nebenverdienst angewiesen
 HAMBURG Immer mehr Norddeutsche sind zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts auf einem Zweitjob angewiesen. Nach Berechnungen des DGB-Nord wuchs ihre Zahl in Schleswig-Holstein von 2000 von 18 662 auf über 47 000, also um 17 Prozent. In Hamburg wuchs die Zahl der Hauptverdienstreue gleichzeitig um 12 Prozent von 41 811 auf 53 074.
 Hans-Jürgen Hagenpaul 17.1.08



Ältere mit wenig Chancen auf neuen Arbeitsplatz

Der Anteil der neu eingestellten Menschen ab 50 Jahre ist weiterhin erschreckend niedrig – allen Absichtserklärungen rund um den demografischen Wandel und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zum Trotz. Zwar stellt diese Gruppe über ein Viertel der Beschäftigten (26 Prozent),

doch nur 13 Prozent unter allen neu Eingestellten, so die IAQ Studie. Tatsächlich ist die Zahl der älteren Beschäftigten in absoluten Zahlen gestiegen ist – doch er der Grund dafür sind die nachrückenden geburtenstarken Jahrgänge. Tatsache ist: Bei den über 50-Jährigen geht die Zahl der

neu Eingestellten mit jedem Lebensjahr stetig zurück. Der Trend in den vergangenen Jahren blieb gleich: Je älter, desto weniger Einstellungen. HBS, FNA, IAW/Altersübergangsreport 2011-03 Quelle: DGB

Leiharbeit: Kritik an »moderner Form der Sklaverei«

Die Berliner Zeitung hatte berichtet, Randstad verlange horrend »Vermittlungshonorare« im Falle einer Übernahme von Beschäftigten durch Entleihfirmen. So stelle der Branchenprimus bis zu 16 Prozent eines Jahresbruttoeinkommens in Rechnung. Bei dem von der Zeitung dargestellten Fall eines 49jährigen Altenpflegehelfers in Berlin habe dies zur

Folge gehabt, dass der Wechsel in die Festanstellung scheiterte. Randstad entpuppe sich abermals als Bremse für gute Arbeit und übe sich »immer dreister im Menschenhandel auf dem Arbeitsmarkt«, kommentierte Jutta Krellmann, arbeits- und mitbestimmungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Das Unternehmen sei damit kein Einzelfall, sondern »nur die

Spitze des Eisbergs«. Die Behauptung der Regierung, Leiharbeit sei eine Brücke in Festeinstellungen, »erweist sich als zynisch und haltlos«, so die Linke-Politikerin weiter. In der Tat ist der sogenannte Klebeeffekt – also die These, Leiharbeit sei vielfach der Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt – längst widerlegt.



Arbeiten bis zum Umfallen: wie die Regierung Altersarmut verharmlost und befördert

Es ist ein Horrorszenario, das unaufhaltsam auf Deutschland zurollt: Millionen alter Menschen werden unter der Armutsgrenze leben, und das, obwohl sie ein ganzes Leben in die Rentenkasse eingezahlt haben. Jede neue Studie bringt noch schlimmere Prognosen: 2,5 Millionen arme Alte werden es in 10 Jahren geben, in dreißig Jahren werden sogar jeder vierte Rentner betroffen sein, sagen die Wirtschaftsinstitute voraus. Die Rentenversicherung warnt vor einem Kollaps

der Sozialsysteme. Und was macht Arbeitsministerin Ursula von der Leyen? Sie hat letzten Freitag vor laufenden Kameras den Beginn eines „Dialogs Rente“ ausgerufen. Neue Hilfen für Alte soll es da geben, ein Herumdoktern an den Symptomen. Den eigentlichen Grund für die Altersarmut will sie nicht beseitigen. Sie und ihre Vorgänger haben den Niedriglohnssektor derartig ausgebaut, dass kaum einer der mittlerweile über 5 Millionen Billigjobber vernünftig in die Rentenkasse einzahlen kann: Ihr Lohn reicht gerade mal zum Überleben. Viele Rentner wer-

den deswegen in Deutschland auch im hohen Alter weiterarbeiten müssen, das sagt mittlerweile auch die OECD voraus. MONITOR über einen Realitätsverlust der politisch Verantwortlichen.

Quelle: Monitor

dazu auch: Eine Rente reicht nicht – Almosen fürs Alter Es lässt sich alles steigern: wir verlängern die Lebensarbeitszeit, wir werden immer älter und – parallel dazu – steigt auch die Zahl derer, die im Alter arm sein werden, weil eines nicht so recht mitwächst: die Rente!

Quelle: hr2/Kultur „Der Tag“ [mp3 - 50,5 MB] (Audio-Podcast, ca. 54 Minuten)



Putsch der Finanzmärkte

Der Staat – vom Krisenretter zum Pleitekandidaten. Jetzt stützen die Notenbanken das System. Nötig ist jedoch eine Abschöpfung großer Vermögen. Das wirtschaftliche Regime der vergangenen Jahrzehnte – sinkende Masseneinkommen bei explodierenden Gewinnen und Vermögen – wurde durch Kredite bzw. Verschuldung am Leben gehalten. Eine besondere Rolle spielte der Immobiliensektor. Dessen Spekulationsblase ist inzwischen geplatzt. Aber sie ist nicht verschwunden, sondern sie schwebt nun wie ein Atompilz über

dem Staat. Der hat die Weltwirtschaft durch Konjunkturpakete und »Bankenrettung« vor dem Absturz bewahrt. Das britische Wirtschaftsmagazin Economist titelte deshalb: »Wir sind jetzt alle Keynesianer« (We are all Keynesians, now!). Die Staatshaushalte wurden zur Müllkippe der Finanzmärkte, Kürzungspakete auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit brechen der Wirtschaft das Genick. Im Ergebnis steigen die öffentlichen Schulden, statt zu sinken. Das alles markiert einen Wendepunkt: Der Kapitalismus hat seinen

Bodyguard – den Staat – ausgeknockt. Der hängt jetzt wie ein nasser Sack in den Seilen.

Quelle: Junge Welt

Die Griechen haben andere Sorgen

Nicht die Möglichkeit einer Staatspleite beschäftigt die Bürger, sondern der Überlebenskampf

Quelle: Neues Deutschland

Lagarde rät zu Verstaatlichung

Die IWF-Chefin zeigt große Eigenkapitallücken in der Finanzplanung Europäischer Banken auf – und hat auch eine Lösung parat. [...] Wenn die IWF-Chefin also mehr Kapital für die Banken verlangt, spricht sie sich für Verstaatlichungen aus.

Quelle: Frankfurter Rundschau



Willkommen in der Bananenrepublik Deutschland

In letzter Zeit wird von einschlägigen deutschen Medien wie der Bild-Zeitung mit dem Finger auf Griechenland gezeigt: Schaut, wie korrupt die sind! Schaut, wie unfähig sie sind! – Diese ständigen Angriffe auf ein anderes Volk haben den für die deutschen Betreiber und die Politik angenehmen Nebeneffekt, dass wir als sauber

und vernünftig dastehen. Die Attacken auf Griechenland dienen der Selbstbeweihräucherung. Dazu gibt es jedoch keinerlei Anlass. Denn unser Land in der Mitte Europas ist inzwischen zu einem Hort der politischen Korruption und daraus folgender politischen Entscheidungen geworden. Panorama hat mit seinen Beiträgen über Carsten

Meyer und Gerhard Schröder, über Walter Riester und Bert Rürup am Fall der Riester-Rente und Rürup-Rente gezeigt, wie es bei uns zugeht. Wir zerstören das Vertrauen in eines der besten Systeme der Altersvorsorge, die Gesetzliche Rente, damit private daran verdienen können.

Albrecht Müller

Quelle: Panorama Blog



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Netzwerk - Vielfalt**, unter diesem Motto veranstalten verschiedenen Organisationen aus Lörrach und Umgebung eine interessante Veranstaltungsreihe. Alle Veranstaltungen findet Ihr auf unserer Webseite unter Termine im PDF Flyer.
Die Veranstaltungsreihe startet am 7.10. und endet am 24.11.2011

Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Montags in Rheinfelden, ist ein Ort des Protestes und des politischen Austausches. Hier wird organisiert, politisiert und solidarisiert. Die vielfältigen Themen in unserer politischen Landschaft sind so reichhaltig das wir nicht alle relevanten Themen jeden Montag ansprechen können, die Zeit ist zu kurz. So werden auch außerhalb der Montagsdemos politische Aktionen organisiert oder beteiligen uns an solche. Unsere besondere Solidarität in den letzten Tagen und Wochen gilt den Kollegen der Papierfabrik Albrück, deren Werk vor dem „AUS“ steht.

Eine Solidaritätserklä-

rung und die Teilnahme am Protestzug ist unser Beitrag die Kampfkraft der Kollegen zu unterstützen. Die beeindruckende und lehrreiche Veranstaltung zum Antikriegstag der Partei MLPD war ein Höhepunkt in unserem politischen Alltag. Frieden ist ein sehr wichtiges



Thema unserer Montagsdemos. Deshalb sind wir aktive Unterstützer der Friedensbewegung und des Ostermarsches in Müllheim.

Thema war die achte bundesweite Herbstdemonstration der Montagsdemonstranten in Berlin. In über 100 Städten wird derzeit noch im achten Jahr



gegen die Hartz- Gesetze demonstriert. Der Protest hat sich längst schon mit anderen Protestbewegungen wie gegen die menschenfeindliche Atompolitik, Stuttgart 21 und natürlich die Agenda 2010 verbunden und die Montagsdemonstration als „Tag des Widerstands“ be-



gegangen. Die bundesweite Mon-

tagsdemonstration hat damit trotz Unterstützung bei CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP entscheidend mitgeholfen, dass die so genannten „Reformen“ von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Die derzeit



ansteigende Inflation trifft derzeit die ALG-II-Bezieher massiv.

Heute fordern die Unternehmerverbände angesichts der desolaten Haushaltslage des Staates weitere Verschlechterungen bei sozialen Leistungen. Aus diesem und anderen Gründen werden wir weiter jeden Montag protestieren.